



Isabel Kling

Vorsitzende
CDU-Stadtverband Freiberg

Wednesday, 23. November
2011

Am Sonntag geht es um mehr als um einen Bahnhof!!!

Freiberg – Am kommenden Sonntag ist die erste Volksabstimmung in Baden-Württemberg. Dann entscheiden wir Bürger darüber, ob das Land eine Kündigung des Vertrags zu Stuttgart 21 überprüfen soll. Viele Menschen sind vor der Volksabstimmung noch verunsichert und wissen nicht, wie sie abstimmen sollen. Deshalb stellten sich vier Experten am vergangenen Donnerstag den Fragen und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger sowie den Gäste im Prisma. Eingeladen hatten die CDU Freiberg und Ludwigsburg sowie die FDP Freiberg.

Der Hauptvortrag des Abends wurde vom ehemaligen Amtschef des Umwelt -und Verkehrsministerium, Bernhard Bauer, gehalten. Bauer informierte interessant und nachvollziehbar über die Fakten zu Stuttgart 21. Dabei räumte er zum Beispiel mit dem Vorurteil über zu hohe Kosten auf. "Stuttgart 21 liegt voll und ganz im Kostenrahmen. Alle anderen Behauptungen beruhen nicht auf tatsächlichen Zahlen und Fakten, sondern entstammen der Märchenwelt von Verkehrsminister Hermann", erklärte

Bauer. Er stellte des Weiteren dar, dass es bei Stuttgart 21 nicht nur um einen modernen und leistungsfähigen Bahnhof geht, sondern um ein Infrastrukturprojekt, das seinesgleichen sucht. "Wenn Stuttgart 21 und die Neubaustrecke nicht gebaut werden, hängen wir Baden-Württemberg als Wirtschaftsstandort ab", erklärte Bauer. Auch machte Bauer deutlich, dass Stuttgart 21 vor allem ein Vorbildprojekt in Sachen Umweltschutz sei. "Eine durch Gleise getrennte Stadt wächst zusammen und erhält seine grüne Lunge zurück. Es entstehen 100 Hektar neue Parkfläche, ich verstehe nicht, warum gerade die Grünen ein solches Projekt blockieren", erklärte Bernhard Bauer.

Doch der Abend bestand nicht nur aus einem interessanten Vortrag. Ziel der Veranstaltung war es, offene Fragen zu klären und falsche Behauptungen auszuräumen. So kamen auch rechtliche Fragen im Zusammenhang mit der Volksabstimmung zur Sprache. Hier stand neben den Landtagsabgeordneten Manfred Hollenbach (CDU) und Jochen Haußmann (FDP) der Jurist Christian Sichel für Fragen zur Verfügung. Sichel machte vor allem deutlich, dass die Menschen am Sonntag über die Prüfung eines Kündigungsrechtes abstimmen, das es gar nicht gibt. "Wo kein Kündigungsrecht, da keine Kündigung. Und im Vertrag zu Stuttgart 21 ist seit Ende 2009 eine Kündigung ausdrücklich ausgeschlossen. Das bedeutet, wenn das Land den Vertrag zu Stuttgart 21 kündigen will, dann kann es dies nur, wenn ein entsprechender Schadensersatz bezahlt wird und dieser beläuft sich nach Aussage des Schlichters Heiner Geißler auf mindestens 1,5 Milliarden Euro", so Sichel.

Nach 2,5 Stunden intensiver und konstruktiver Diskussion der über 70 Gästen lautete der Appell der Experten und der Veranstalter: Wichtig ist, dass so viele Menschen wie möglich am Sonntag zur Wahl gehen, denn nur ein klares Votum kann den Streit um Stuttgart 21 befrieden. **"Wir sind für Stuttgart 21 und deshalb ist unsere Position am kommenden Sonntag klar, wir sagen "Nein" zum Vertragsbruch, "NEIN" zu mindestens 1,5 Milliarden Euro Schadenersatz und deshalb stimmen wir am Sonntag mit "NEIN" bei der Volksabstimmung"**, so die Veranstalter und Experten. Die Moderatorin des Abends und Stadtverbandsvorsitzende der CDU Freiberg, Isabel Kling, machte zum Schluss nochmals deutlich, wie wichtig das Signal für ganz Baden-Württemberg sei, dass von der Volksabstimmung am kommenden Sonntag ausgehe. "Wir leben in einem Rechtsstaat, für den unsere Vorfahren hart gekämpft haben.

Gesetze sind nicht dazu da, dass man sie gerade so auslegt, wie sie einem in dem Kram passen, sondern, dass man sich an sie hält und sich nach ihnen richtet. Unsere Demokratie ist kein Rosinenkuchen, aus dem man sich die besten Stücke heraus pickt und den ungeliebten Rest liegen lässt. Wir müssen uns auch künftig auf unsere Gesetze verlassen können, und dazu gehören auch geschlossene Verträge. Am Sonntag geht es um mehr als 'nur' einen Bahnhof. Deshalb gehen Sie zur Wahl und beziehen Sie Position, stimmen Sie mit 'Nein' zu diesem absurden Kündigungsgesetz und bekennen sie sich zu den Grundwerten unseres Staates", so Kling.

Am Sonntag ist Volksabstimmung!!!! Gehen Sie bitte zur Wahl und stimmen Sie mit NEIN zum Kündigungsgesetz!!!!